

Forderungspapier zur EEG-Novelle

Planungssicherheit schaffen – Versorgungssicherheit stärken – Technologieoffenheit sichern

Seit Bekanntwerden des ersten Arbeitsentwurfs der EEG-Novelle Anfang März 2026 warten Länder, Kommunen, Stadtwerke, Landwirte, Unternehmen und private Investoren auf einen belastbaren Gesetzentwurf. Die monatelange Verzögerung schafft erhebliche Rechts- und Investitionsunsicherheit. Zahlreiche Projekte werden zurückgestellt, obwohl der Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigt werden muss. Dies widerspricht dem Anspruch der Bundesregierung, Planungssicherheit zu schaffen und den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken.

Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion fordert deshalb zügig eine EEG-Novelle, die alle erneuerbaren Energien entsprechend ihres Beitrags zur Versorgungssicherheit berücksichtigt und den Ausbau nicht durch zusätzliche Bürokratie oder kurzfristige Systemwechsel gefährdet.

I. Verlässliche Rahmenbedingungen statt ständiger Systemwechsel

Die Diskussion über die Abschaffung bewährter Fördermechanismen, neue Ausschreibungsmodelle und verpflichtende Direktvermarktung hat zu erheblicher Verunsicherung geführt.

Deshalb fordern wir:

- eine schnelle Verabschiedung der EEG-Novelle;
- Bestandsschutz für bestehende Investitionen;
- keine grundlegenden Systemwechsel ohne angemessene Übergangsfristen;
- frühzeitige Beteiligung der Länder und Verbände.

II. Biomasse als Garant der Versorgungssicherheit stärken

Biomasse stellt regelbare erneuerbare Leistung bereit und übernimmt eine zentrale Rolle während Dunkelflauten. Gerade Bayern verfügt über einen deutschlandweit einmaligen Bestand an Biogas- und Biomethananlagen. Eine Rückabwicklung bestehender Strukturen wäre ein ökonomischer und ökologischer Irrweg.

Deshalb fordern wir:

- deutliche Erhöhung der Ausschreibungsvolumina;
- langfristige Anschlussregelungen für aus der EEG-Förderung fallende Anlagen;
- Einführung eines flexiblen Strommengenmodells;
- bessere Vergütung gesicherter Leistung und Flexibilität;
- dauerhafte Perspektiven für Biomethan im Strom- und Wärmesektor;
- Erhalt der Gasnetzanbindung für Biomethananlagen;

- Bürokratische Hürden abzubauen, um bestehende NaWaRo-Biogasanlagen in Güllekleinanlagen umzubauen. Energiepotenzial von Gülle und Mist muss stärker genutzt werden.

III. Wasserkraft als heimische Grundpfeiler-Technologie sichern

Wasserkraft liefert rund um die Uhr erneuerbaren Strom, stabilisiert die Netze und trägt wesentlich zur Versorgungssicherheit im süddeutschen Raum bei.

Deshalb fordern wir:

- die Wirtschaftlichkeit bestehender (kleiner) Wasserkraftanlagen sichern;
- Modernisierung und Effizienzsteigerungen fördern;
- Genehmigungsverfahren außerhalb des EEG beschleunigen;
- Flexibilitätsleistungen vergüten;
- die Stilllegung kleiner Wasserkraftwerke durch überzogene Bürokratie und Umweltauflagen verhindern.

IV. Photovoltaik weiter ausbauen statt private Investitionen ausbremsen

Der Freistaat Bayern ist beim Ausbau der Sonnenenergie bundesweites Vorbild. Photovoltaik muss daher weiterhin ein wesentlicher Baustein einer technologieoffenen und bezahlbaren Energieversorgung bleiben.

Deshalb fordern wir:

- Erhalt wirtschaftlicher Rahmenbedingungen für Dachanlagen;
- vereinfachte Direktvermarktungsmodelle;
- stärkere Förderung von Agri-PV, Parkplatz-PV und Floating-PV;
- schnellere Netzanschlüsse;
- Grünstrom muss nach Speicherung auch weiterhin Grünstrom bleiben und nicht als Graustrom verrechnet werden.

V. Windenergie mit regionaler Wertschöpfung verbinden

Windenergie bleibt ein unverzichtbarer Bestandteil einer sicheren, nachhaltigen und technologieoffenen Energieversorgung in Bayern. Für einen wirtschaftlich tragfähigen Ausbau bedarf es jedoch verlässlicher und investitionsfreundlicher Rahmenbedingungen auf Bundesebene. Der Freistaat Bayern hat die Voraussetzungen für schnellere Genehmigungsverfahren geschaffen. Nun ist der Bund gefordert, mit einer praxistauglichen Ausgestaltung der EEG-Novelle und geeigneten energierechtlichen Rahmenbedingungen die notwendigen Impulse für einen erfolgreichen weiteren Ausbau der Windenergie zu setzen.

Deshalb fordern wir:

- erhöhte Ausschreibungsvolumina;

- bessere Rahmenbedingungen für Bürgerenergie;
- Absicherung regionaler Stromliefermodelle (Energy Sharing);
- Förderung langfristiger Stromlieferverträge (PPAs);
- Erhalt des Referenzertragsmodells.

VI. Regionale Versorgungskreisläufe und Bürgerenergie stärken

Die Energiewende gelingt dauerhaft nur, wenn Wertschöpfung und Akzeptanz vor Ort entstehen.

Deshalb fordern wir:

- Rechtssichere Einführung von „Energy Sharing“ nach europäischem Vorbild;
- Stärkung regionaler Strommärkte und Direktliefermodelle;
- Deutliche Vereinfachung für Bürgerenergiegemeinschaften;
- Mehr Möglichkeiten zur kommunalen Beteiligung an Erzeugungsanlagen;
- Verbesserung der Eigenversorgung von Unternehmen und Kommunen;
- Netzbetreiber müssen bei innerbetrieblich verschuldeten Verzögerungen stärker in Regress gezogen werden können.

VII. Eigenverbrauch und Sektorenkopplung konsequent fördern

Erneuerbarer Strom soll möglichst dort genutzt werden, wo er erzeugt wird.

Deshalb fordern wir:

- Weitere Entlastung des Eigenverbrauchs;
- Bessere Rahmenbedingungen für Mieterstrom;
- Stärkere Verknüpfung von Strom, Wärme und Mobilität;
- Förderung intelligenter Quartierslösungen;
- Technologieoffene Kombination von PV, Speicher, Wärmepumpe und Ladeinfrastruktur.

VIII. Speicher endlich vollständig in das Energiesystem integrieren

Die Energiewende benötigt Speicherkapazitäten in allen Größenordnungen.

Deshalb fordern wir:

- rechtliche Gleichstellung von Speichern als eigenständige Systemkomponente;
- Abbau von Doppelbelastungen durch Netzentgelte und Abgaben;
- Förderung netzdienlicher Batteriespeicher;
- Integration von Speichern in Ausschreibungen und Systemdienstleistungen.

IX. Netzausbau und Digitalisierung beschleunigen

Viele Projekte scheitern heute nicht an der Erzeugung, sondern am Netzanschluss. Die Bundesnetzagentur muss hier zusammen mit den Betreibern zu schnellen Lösungen finden. Neben der EEG-Novelle sind entsprechende Anpassungen des Energiewirtschaftsrechts erforderlich.

Deshalb fordern wir:

- bundesweit einheitliche digitale Netzanschlussverfahren;
- verbindliche Bearbeitungsfristen;
- flexible Netzanschlussvereinbarungen;
- Überbauung von Netzverknüpfungspunkten;
- beschleunigten Ausbau intelligenter Verteilnetze.

X. Mittelstand und Industrie wettbewerbsfähig halten

Eine erfolgreiche Energiewende braucht einen starken Wirtschaftsstandort.

Deshalb fordern wir:

- dauerhaft international wettbewerbsfähige Strompreise;
- Investitionssicherheit für energieintensive Unternehmen;
- Entlastung mittelständischer Betriebe bei Netzentgelten;
- Technologieoffene Förderinstrumente;
- Keine zusätzlichen bürokratischen Belastungen für Unternehmen.

XI. Bürokratieabbau zur Beschleunigung der Energiewende

Die EEG-Novelle muss konsequent zum Bürokratieabbau in der Energiepolitik beitragen. Nur durch schnelle und einfache Verfahren schaffen wir das notwendige Tempo in der Energiewende:

Deshalb fordern wir:

- Digitalisierung sämtlicher Antrags- und Meldeverfahren;
- Wegfall unnötiger Nachweis- und Dokumentationspflichten;
- Vereinfachung des Anlagenregisters;
- Standardisierung bundesweiter Verfahren;
- Entlastung kleiner Betreiber und Bürgerenergiegesellschaften.

Fazit

Die EEG-Novelle muss Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaschutz gleichermaßen gewährleisten. Eine ideologisch geprägte Energiepolitik lehnen wir ab. Erneuerbare Energien dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Bayern braucht einen technologieoffenen Energiemix, der Versorgungssicherheit, regionale Wertschöpfung und Investitionssicherheit gleichermaßen stärkt.